hatt, der die SPD immer wieder das Weinenen ausgesprochen hat. Es ist auch die Brüning-Regierung, die die Vorschläge der Braun-Kommission durchführt, wobei sie sich auf die Unterstützung der SPD-Führer verläßt. Es wird den SPD-Führern nicht gelingen, die Arbeitermassen zu täuschen, zudem sie ohnedies dem Brüning-Etat zugestimmt haben, aus dem jeder Pfennig Zuschuß für die Arbeitslosenversicherung gestrichen worden ist.

Die Tatsache aber, daß sich die SPD-Führerschaft vor der Verantwortung für den neuen Unterstützungsraub drücken möcht, gibt der Arbeiterschaft einen Maßstab dafür, welche ungeheuren Verschlechterungen geplant werden.

Darum Massenmobilisation gegen den neuen Unterstützungsraub!

14 Arbeiter in Köln verhaftet

Köln, 28. April. (Eig. Drahtmeldung)

Gestern wurden in Köln Durchsuchungen bei zahlreichen Angehörigen der linksradikalen Bewegung vorgenommen. Dabei wurden insgesamt 14 Personen festgenommen, die dem Staatsgericht zugeführt wurden. Nähere Einzelheiten, besonders über den Grund der Haussuchungen, waren von der Polizei „im Interesse der noch nicht abgeschlossenen Untersuchung" (!!) nicht zu erfahren.

Glänzender Aufmarsch in Schandau

Am Sonntag marschierten in Schandau 800 Arbeiter und Arbeiterinnen auf zu einem antifaschistischen Treffen, von der KPD und dem Kampfbund organisiert. Mit großer Begeisterung wurde dieser Aufmarsch von den Schandauer Arbeitern begrüßt, die an den Straßen Spalier bildeten und sich bei der Schlußkundgebung, in der ein Vertreter der **KPD** eine anfeuernde Rede hielt, zu vielen Hunderten eingefunden hatten. Mit einem begeisterten **Hoch auf die KPD**, die Führerin im Kampf gegen Hunger und Faschismus, für die Befreiung von der kapitalistischen Sklaverei wurde diese Kundgebung, die an der oberen Elbe ein Schritt vorwärts ist, geschlossen.

Schwarzrotgelb – Trikolore – rote Fahne

Meißen, 27. April.

Am Sonnabend fand in Meißen eine Sportveranstaltung deutscher und französischer Sportler statt. Am Hauptbahnhof wurde auf dem einen Flaggenmast die schwarzrotgelbe Flagge, auf dem anderen die französische Nationalfahne, die Trikolore, aufgezogen. Der Rat hatte das in geheimer Sitzung genehmigt. Einige Zeit später wurde die Trikolore wieder heruntergeholt und zwar auf **Anweisung des sächsischen Innenministeriums der von der SPD unterstützten Schiedsregierung** auf Grund von **Beschwerden einiger Stahlhelmer.** Das Charakteristischste an dem Vorfall liegt darin, daß es sich bei der Sportveranstaltung um deutsche und französische **reformistische** Sportler handelt! Für die bürgerlich-patriotische Denkweise der reformistischen Arbeitersportbewegung sowohl in Deutschland als auch in Frankreich ist es eben höchst bezeichnend, daß **jeder Sportverband die Fahne „seines Vaterlandes"**, also der jeweiligen **kapitalistischen Republik** seiner Bourgeoisie aufsteckt! Im Gegensatz dazu ist es sehr lehrreich, auf das **deutsch-französische rote Sportfreffen**, das am Sonnabend in Dresden stattfand hinzuweisen, das nur eine Fahne und eine Farbe kannte, **die rote Fahne des Weltproletariats, dessen Vaterland die rote, den Sozialismus aufbauende Sowjetunion ist, und das erfüllt war vom Geiste der Internationalität der Proletarier aller Länder.**

Die Wirtschaftspartei — Todfeindin der Volksmassen

Hannover, 28. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Auf der am Sonntag in Hannover stattgefundenen Parteitagung der reaktionären Hausbesitzerpartei, genannt Wirtschaftspartei, forderte der Hauptredner, Abgeordneter Mulath, die **Kündigung des mit Rußland abgeschlossenen Handelsvertrages,** ohne allerdings gleichzeitig zu sagen, auf welche Weise die dann ausfallenden Russenaufträge ersetzt werden sollen. Weiter wurde ein **radikaler Abbau der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützungssätze gefordert.** Die immer mehr im faschistischen Fahrwasser segelnde Wirtschaftspartei hat damit nochmals unter Beweis gestellt, daß sie nur von den Nazis an Arbeiter- und Volksfeindlichkeit übertroffen werden kann.

Regierungstruppen landen in Funchal

Die Regierung hat eine Flottenexpedition gegen Madeira entsandt, die aus mehreren Kriegsschiffen und einer Reihe von beschlagnahmten Passagier- und Fischdampfern besteht. Die Führung der Expedition hat der Marineminister übernommen, der sich an Bord des Dampfers „Corvalho de Araujo" eingeschifft hat. Zwei Wasserflugzeuge nehmen an der Unternehmung teil.

London, 27. April. Auf Madeira spielen sich jetzt entscheidende Kämpfe ab. Portugiesischen Regierungstruppen gelang es am Montag bei Funchal unter dem Schutze des Sperrfeuers ihrer Kriegsschiffe zu landen. Die Aufständigen zogen sich zurück, nachdem die Abwehr mit Maschinengewehren erfolglos war. Nachdem die Regierungstruppen die Funkstationen auf dem Lande vernichtet hatten, gingen sie wieder an Bord. Personen, welche aus Madeira eintrafen, teilten mit, daß die Aufständischen auf Madeira alles in Verteidigungszustand gesetzt haben. Die Bewohner der Insel ständen passiv der Bewegung gegenüber. Für Ausländer sei Schutz gewährleistet.

Streik von Taxichauffeuren in Paris. 1800 Taxichauffeure sind am 24. April bei der Pariser Taxigesellschaft Citroen in den Streik getreten. Die Streikbeteiligung ist 95 Prozent. Bereits am 22. April waren 150 Chauffeure gegen Entlassungen und verschärfte Ausbeutung der Garage St. Ouen in den Streik getreten.

Oscar Edel, der Büttel der Wels & Co.

Niederlage des Parteivorstands in Löbau / Engelbert Grafs Selbstentlarvung: „Ordnung muß im Staate sein . . . / „Wir sind die Kette gegen links"

Die Berichte der SPD-Presse über die Auseinandersetzungen auf den Mitglieder- und Generalversammlungen zum bevorstehenden Parteitag der SPD sind zwar frisiert genug, um die Ausführungen proletarischer Delegierter fast völlig unterschlagen zu können, geben jedoch eine ganze Zahl Anhaltspunkte für die Schärfe der Auseinandersetzungen.

Die außerordentliche Generalversammlung des Leipziger Unterbezirks sah Herrn Lipinski als Verteidiger des Parteivorstandes und als „Ankläger" gegen die neun Parteiretter. Lipinski machte es sich leicht, indem er die alten, abgedroschenen Argumente der „Zurückdrängung der Nazis" als „Ergebnis des entschlossenen Kampfes der Sozialdemokratie" wiederholte und die gefährliche Lüge, daß der Faschismus nur die Nazis seien, in die Köpfe der Delegierten einzuhämmern versuchte. Bedeutungsvoll wurden jedoch die Auseinandersetzungen durch das Korreferat Engelbert Grafs, der ja bekanntlich zu den „Neun" in der SPD-Reichstagsfraktion gehört. Wir hatten bereits vor einigen Tagen Gelegenheit, Herrn Graf, den angeblich radikalen Revolutionär, als Klopffechter der staatserhaltenden SPD anzuprangern. In dieser Verteidigungsrede auf dem Leipziger USP-Parteitage hat Engelbert Graf auf den letzten Teil seiner radikalen Phrasen verzichtet. Einige Zitate aus dem offiziellen Bericht zeigen die ganze Unterwürfigkeit des „linken" Graf gegenüber dem Parteivorstand. Die ganze prinzipielle Frage zum Wehretat, der Unterstützung einer faschistisch-großkapitalistischen Regierung, der Ermächtigung eines Scharfmachertabinetts zur brutalen Massenbelastung, . . . das alles ist für Engelbert Graf eine „taktische Frage".

Der angebliche Revolutionär betrachtet folgendes als seine Aufgabe:

„Die erste Aufgabe war, den Staat wieder in Ordnung zu bringen. Und es war auch meine Meinung, daß wir zuerst die Notverordnung tolerieren mußten, um den Staat wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen."

Hier zeigt Engelbert Graf ganz deutlich den sozialfaschistischen Kern seiner „linken Opposition". Daran ändert nichts, daß er erklärt, diese Aufgabe habe nur bis zum Anfang des Jahres 1931 Geltung gehabt. Bis dahin hätte er „in den sauren Apfel gebissen, Herrn Brüning und seine Notverordnung zu tolerieren". Dann aber haben ihn die Erfolge der Nationalsozialisten und nicht etwa die Grundsätze des revolutionären Klassenkampfes klar gemacht, daß diese Taktik eine gefährliche sei. Dabei läßt er sich zu folgendem Geständnis verlocken:

„Genosse Lipinski hat gesagt, daß die Wähler am 14. September falsch gewählt haben. Aber, Genossen, wir wollen doch nicht immer sagen, daß die Leute dumm sind, sondern zugeben, daß auch wir ein gehöriges Maß von Schuld haben.

Die Erfolge der Nationalsozialisten sind zum Teil die Frucht unserer Fehler!"

Sehr interessant ist, daß hierbei der offizielle Bericht Zustimmung bei den Delegierten vermerkt. Ueberhaupt zeigt es sich auf dieser Parteikonferenz, daß die Herren Liebmann und Lipinski innerhalb der Mitgliedschaft bei weitem nicht den Anhang besitzen, den die Einmütigkeit des Leipziger Bezirksvorstandes vortäuschen sollte. Graf, als geschickter Demagoge, benutzte das zu einer theatralischen Geste, indem er, der Mitverantwortliche für das Verbrechen der Notverordnungen, ausrief:

„Eines ist sicher: Die Arbeiter in den Betrieben und die Arbeitslosen in den Stempelstellen verstehen nicht die Zustimmung zur Panzerkreuzerrate."

Diese demagogische Geste wurde ihm sogar von den Parteikulis übel vermerkt und darauf beeilte er sich, seine Unterwürfigkeit ausdrücklich am Schluß seiner Rede zu beteuern. Wörtlich erklärte er:

„Ich habe im Interesse der Gesamtpartei gehandelt . . . . gerade die Neun waren es, die den Abmarsch sozialdemokratischer Arbeiter zu der KPD verhinderten. Genosse Lipinski sprach davon, daß in einer so schwierigen Situation wie der gegenwärtigen eine feste Kette gebildet werden müsse. Nun, Genossen, wir haben die Kette nach links gehalten . . . .!"

Damit hat Engelbert Graf die ganze konterrevolutionäre Rolle der „linken Opposition" in ein Schlagwort gebracht. Die Kette nach links, das heißt die Sperrkette der bürgerlichen Staatsordnung gegen die revolutionäre Arbeiterfront, das ist die Sozialdemokratie, und das sind ihre „linken" Helfershelfer.

Im weiteren Verlauf der Leipziger Konferenz zeigte es sich, daß es Herrn Lipinski nicht gelungen ist, sich durchzusetzen, denn bei der Wahl der Parteitagskandidaten wurden auch „Linke" gewählt, ebenso wurde ein Antrag auf Korreferat eines „Linken" zur Frage der Brüning-Tolerierung angenommen. Nach den Erklärungen Grafs braucht ja der Parteivorstand nicht vor dieser „Linken" Furcht zu haben. **Aber die rebellierenden Arbeiter in der Leipziger Organisation werden sich bestimmt nicht mit der staatserhaltenden Charakterlosigkeit der „linken" Führer zufrieden geben, wie das die Delegierten getan haben.** Dafür werden die nächsten Wochen den Beweis erbringen.

Herr Edel — der Lakai des Herrn Wels

Der Agitationsbezirk Löbau der SPD hatte den Vorsitzenden des Bezirks Ostsachsen, Oskar Edel, zu seiner Konferenz als Referent aufoktruiert erhalten. Ekelerregend ist die Rolle, die dieser Edel, einstmals ein „ganz Radikaler", jetzt als Parteivorstandslakai spielt. Er solidarisierte sich in seinem Referat ausdrücklich mit der Taktik der Reichstagsfraktion. In der Diskussion zeigten sich zwar starke Illusionen der Delegierten über die „linken" Führer, aber offenbar beginnt auch dort die Erkenntnis über die ganze Verrottung der SPD zu dämmern. Ein Delegierter wandte sich besonders scharf, wie es im Bericht heißt,

„gegen die starke Besetzung des Parteitages durch die Mitglieder der Parteizentralinstanzen und der Reichstagsfraktion."

Schon diese Erklärung ist ein Anhaltspunkt dafür, daß die „linken" Illusionen über die Entscheidungen des Leipziger Parteitages zu schwinden beginnen. Edel erlitt bei den Abstimmungen eine schwere Niederlag. Einstimmig wurde ein Antrag gegen die Tolerierung des Brüning-Kabinetts angenommen, ebenso einstimmig die Stellung eines Korreferenten gefordert und eine Aenderung des Delegationsrechts verlangt.

Die offene Einpeitscherarbeit Oskar Edels für den Parteivorstand muß den Dresdner SPD-Arbeitern, die seit Jahren in erbittertem Gegensatz zur Politik der Wels und Co. stehen, die Augen öffnen über die Niedertracht dieser Führerclique Ostsachsens, die vor Jahr und Tag den „Kampf gegen den bürgerlichen Staat als die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse zur Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung" proklamierte. Erinnerlich wird den Dresdner SPD-Arbeitern auch sein, daß dieser selbe Oskar Edel vor dem Heidelberger Parteitag zu dieser Frage selbst eine Resolution auf dem Dresdner UB-Tag einbrachte. Herr Edel „vergaß" damals, diese Resolution in Heidelberg vorzulegen. Heute „vergißt" er ebenso seine Versprechungen gegenüber der Parteimitgliedschaft und verrät sie an den Parteivorstand, dessen Verbrechen er selbst nur zu gut kennt. Der Bruch mit dieser Führung, der Bruch mit einer solchen Partei, ist zu einer Frage der Selbsterhaltung der SPD-Arbeiter geworden. Wer mit Edel geht, versinkt im Panzerkreuzersumpf der Wels und Co.! Der Weg zur Befreiung kann nur beschritten werden unter der Führung der Kommunistischen Partei!

70000 Abtreibungen vorgenommen

Demonstrative Selbstbezichtigung eines Heilkundigen / Neue SPD-Hetze gegen die tapfere Bekämpferin des § 218, Frau Dr. Kienle

Cleve, 28. April.

Am 20. Mai kommt vor dem Schwurgericht in Cleve (Rheinland) ein Abtreibungsprozeß zur Verhandlung, der das größte Aufsehen erregen wird. Angeklagt ist ein Heilkundiger, Scharreina, der sich wegen 4 Fällen wegen Vergehens gegen den § 218 zu verantworten hat. Scharreina gab aber in der Untersuchungshaft zu, daß er im Laufe der Jahre etwa 60000 bis 70000 Abtreibungen in seiner Eigenschaft als Heilkundiger im Mühlheimer Gebiet und am Niederrhein vorgenommen habe.

Diese Selbstbezichtigung ist den Gerichten sehr unangenehm, denn Scharreina kann nachweisen, daß er die Mehrzahl der Abtreibungen bei katholischen Arbeiterfrauen, und zwar nur gegen **ganz minimale Bezahlung** ausgeführt hat.

Die Volksbewegung gegen den § 218 wächst. Besonders stark in Sachsen, wo jetzt zum Beispiel Frau Dr. Kienle in zahlreichen, brechend vollen Massenversammlungen spricht. Nebenbei: Frau Dr. Kienle, obzwar durch Gefängnis und Hungerstreik geschwächt, scheut keine Strapazen und referiert u. a. eingehend meist in drei Versammlungen an einem einzigen Abend.

Diese Volksbewegung ist der SPD ein Dorn im Auge. Die SPD heuchelt ja Gegnerschaft zum § 218, aber ihr Verhalten im Reichstage, die berüchtigten Ausführungen Heilmanns usw., entlarven die SPD als Verteidigerin des § 218, und das ist der SPD verdammt unangenehm. In Leipzig haben nun die SPD-Führer und Verbandsbonzen zu einem Trick gegriffen; sie haben versucht, Frau Dr. Kienle als Rednerin für ihre Versammlung zu bekommen, dieselbe Frau Dr. Kienle, die von SPD-Heilmann und auch u. a. von der Dresdner Volkszeitung verunglimpft wurde. Als daraus in Leipzig nichts wurde und Frau Dr. Kienle nun in Leipzig in einer Versammlung des überparteilichen Kampfbundes gegen den § 218 sprach, gerieten die SPD-Bonzen außer Rand und Band. Sie erlassen eine „Erklärung", Frau Dr. Kienle hätte den § 218 zu „einer Parteisache herabgewürdigt" und deshalb sei bei den SPD-Bonzen das „Vertrauen in die Reinheit der Motive erschüttert". Von „Reinheit der Motive" wagen sie, die SPD-Verbandsführer, diese Verräter des § 218, zu schwatzen. Sie hetzen gegen Frau Dr. Kienle, weil es ihnen nicht gelang, sie zur (die SPD-) Parteisache einzuspannen. Frau Dr. Kienle, die mutige Märtyrerin des § 218 steht so turmhoch über den verräterischen, gerissenen SPD-Bonzen, daß sie nicht wert sind, ihr die Stiefel zu lecken, geschweige denn, über die tapfere Vorkämpferin zu urteilen. Die Hetze der SPD gegen Frau Dr. Kienle ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine Hetze gegen die Abschaffung des § 218. Und darauf kommt es den SPD-Führern eben an.

Demonstrationsstreik im größten Prager Metallbetrieb. Im größten Prager Metallbetrieb, den Kolbenwerken, trat die Arbeiterschaft am Freitag in einen zweistündigen Demonstrationsstreik. Der Demonstrationsstreik der tschechischen Metallbelegschaft unter Führung des Betriebsausschusses, in der die rote Fraktion die Mehrheit hat, richtet sich gegen Lohnherabsetzung und Entlassungen.

Der Major als SP-Redner. Der Hauptredner des Maifeier der schwedischen Sozialdemokratie in Stockholm ist ein Major. Ein Verbot dagegen von seiten der Vorgesetzten wurde vom König auf Antrag des sozialdemokratischen Parteivorstandes aufgehoben. Der Major der „pazifistischen" Sozialdemokratie hat als freiwilliger Offizier an dem Unterdrückungsfeldzug der Franzosen gegen die Riffkabylen teilgenommen.

Vormarsch der roten Truppen in China. Die japanische Agentur Demio Zulin teilt mit, daß die Truppen der chinesischen Roten Armee unter dem Kommando Hu Lungs die Stadt Tschitscho in der Provinz Hupei besetzt haben. Ueber Hankau, Ictschan und Handjan wurde der Belagerungszustand verhängt. Ueber Wuchan kreisen unaufhörlich Bombenflugzeuge. Die roten Truppen sollen die Stadt Kabum (am Jangtsekiang, nordwestlich von Wupei) erneut besetzt haben. Die Nankingregierung hat auf den Kopf des roten Kommandeurs 100 000 Dollar als Belohnung ausgesetzt.

In der Hafenstadt Halmstadt (Südschweden) ist es unter Führung der Kommunisten zu lang andauernden, erbitterten Straßenkämpfen zwischen Arbeitenden und Polizei gekommen.

Tausende Arbeiter drangen in einen bestreikten Betrieb ein, verprügelten Streikbrecher und warfen ihre Werkzeuge, auch Lastautos, in den Hafen. Die Polizei ging mit Säbeln und Gummiknüppeln vor, wobei zahlreiche Demonstranten schwer verletzt wurden. Die erbitterten Arbeiter wehrten sich mit Stangen und Steinen, so daß auch viele Polizisten erheblich verletzt wurden.

Diskussionstag mit den SPD-Arbeitern

Berlin, 28. April.

Am Sonntag führte unsere Berliner Parteiorganisation einen großen Hausagitationstag bei sozialdemokratischen Arbeitern durch. Es wurden insgesamt 2000 SPD-Arbeiter aufgesucht. Dieser Tag war ein großer Erfolg. Durch die aktive Arbeit unserer Parteizellen wurde die Verbindung mit zahlreichen SPD-Arbeitern aufgenommen und die Bahn zu einer weiteren tiefgehenden Diskussion mit den über die Brüning- und Polizeipolitik ihrer Führer empörten SPD-Arbeitern freigemacht. In der Diskussion zeigte sich die Kommunistische Partei als die einzige Partei des revolutionären Marxismus, als die einzige sozialistische Partei.

Nicht wenige Genossen waren selbst begeistert über die Erfolge der Diskussion und lachten über einige wütende SPD-Bonzen, die kurzerhand hinausgeschmissen wurden und die Tür zuschlugen. Im Kampfe gegen die arbeiterfeindliche Brüning-Politik der SPD werden wir nach dem Vorstoß dieses Diskussionstages noch breiter einbrechen in die Reihen der sozialdemokratischen Anhänger.

Auch in Dresden wird in Kürze ein solcher Diskussionstag stattfinden. Rüstet dazu! Sammelt Adressen ehemaliger sozialdemokratischer Arbeiter! Beginnt schon jetzt mit kameradschaftlicher, brüderlicher Aufklärung! Schmiedet die rote Einheitsfront neu zusammen, zeigt, daß die KPD die einzige Partei ist, die diese Einheitsfront organisiert und die einzige, die gegen Faschismus und Kapitalismus kämpft. Werbt Leser für die Arbeiterstimme!